

Abfallentsorgung 2019Erstbehandlung von Elektro- und
ElektronikaltgerätenAnsprechpartner/-in für Rückfragen
(freiwillige Angabe)

Name:

Telefon:

Telefax:

E-Mail:

Vielen Dank für Ihre Mitarbeit.

Bitte beachten Sie bei der Beantwortung der Fragen die Erläuterungen zu **1** bis **8** in dieser Unterlage.

Art/Ort der Anlage

Identnummer mit Anlagennummer
(bei Rückfragen bitte angeben)**Bitte gehen Sie wie folgt vor:**

Füllen Sie bitte für jede Anlage einen gesonderten Fragebogen aus. Weitere Exemplare erhalten Sie bei Ihrem statistischen Amt.

Berichtsjahr ist das Kalenderjahr 2019.

Zusätzliche Hinweise

Dieser Fragebogen richtet sich an die Betreiber von Anlagen zur Erstbehandlung von Elektro- und Elektronikaltgeräten.

Erfragt werden die Menge und der letztendliche Verbleib (Mengenstrom) der **erstmalig** angenommenen und einer Erstbehandlung unterzogenen Elektro- und Elektronikaltgeräte entsprechend §22 Absatz 3 Elektro- und Elektronikaltgerätegesetz (ElektroG).

Dabei sind die Elektro- und Elektronikaltgeräte aus **allen Herkunftsbereichen aus dem Inland** mit einzubeziehen.

Zu berücksichtigen sind lediglich Altgeräte, die Sie **unmittelbar** über die Abholkoordination der stiftung ear, von Herstellern, deren Bevollmächtigten, öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern, Vertreibern oder entsorgungspflichtigen Besitzern nach § 19 ElektroG erhalten. Nicht zu berücksichtigen sind solche Mengen, die von einer anderen Erstbehandlungsanlage im Rahmen einer Unterbeauftragung bezogen werden (vgl. LAGA M 31 A, S. 74 ff.) Im Fall von Unterbeauftragungen bleibt stets die beauftragende Erstbehandlungsanlage für die Angabe der Mengen im Fragebogen verantwortlich. Sollte ihre Erstbehandlungsanlage unterbeauftragt sein, stellen Sie bitte der beauftragenden Erstbehandlungsanlage die erforderlichen Daten zur Verfügung und berücksichtigen Sie in Ihrem Fragebogen nur solche Mengen, die Sie als EBA VzW bzw. EBA SW-1 erstbehandeln.

Fehlchargen aus der Produktion sind keine Elektro- oder Elektronikaltgeräte im Sinne des ElektroG. Sie sind nicht in die Erhebung einzubeziehen.

Erstbehandlung ist die erste Behandlung von Altgeräten, bei der die Altgeräte zur Wiederverwendung vorbereitet oder von Schadstoffen entfrachtet und Wertstoffe aus den Altgeräten separiert werden, einschließlich hierauf bezogener Vorbereitungshandlungen; die Erstbehandlung umfasst auch die Verwertungsverfahren R 12 und R 13 nach Anlage 2 zum Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG); die zerstörungsfreie Entnahme von Lampen aus Altgeräten bei der Erfassung gilt nicht als Erstbehandlung; dies gilt auch für die zerstörungsfreie Entnahme von Altbatterien und Altakkumulatoren, die nicht vom Altgerät umschlossen sind.

Behälter, die nur zwischengelagert oder vermittelt werden, sind nicht aufzuführen. Gleiches gilt für Mengen, die von anderen Erstbehandlern bezogen und bereits erstbehandelt wurden.

Elektro- und Elektronikaltgeräte sind Geräte, die Abfall im Sinne des §3 Absatz 1 Satz 1 KrWG sind, einschließlich aller Bauteile, Unterbaugruppen und Verbrauchsmaterialien, die zum Zeitpunkt des Eintritts der Abfalleigenschaft Teil des Altgerätes sind (§3 Nummer 3 ElektroG).

Erstbehandlungsanlage nach ElektroG ist diejenige Anlage, die nach §21 ElektroG zertifiziert ist bzw. als zertifiziert gilt und die eine Erstbehandlung von Altgeräten durchführt.

Mengen und Verbleib (Mengenstrom) von Elektro- und Elektronikaltgeräten

Identnummer mit Anlagennummer

- 1 Wurden in dieser Anlage Elektro- oder Elektronikaltgeräte zur Erstbehandlung gemäß Elektro- und Elektronikgerätegesetz angenommen? **1**

Zutreffendes bitte ankreuzen.

Ja

Nein

- 2 Zur Erstbehandlung angenommene Altgeräte gemäß den Bilanzgrenzen nach §22 Absatz 3 ElektroG.

i Im Fall von Unterbeauftragungen bleibt stets die beauftragende Erstbehandlungsanlage für die Angabe der Mengen im Fragebogen verantwortlich.

Produktkategorie	Ort der Schadstoffentfrachtung bzw. Ort der Vorbereitung zur Wiederverwendung der angenommenen Altgeräte 2			Letztendliche Behandlung der angenommenen Altgeräte bzw. ihrer Fraktionen 3	
	in Deutschland	in einem anderen EU-Mitgliedstaat	außerhalb der EU	Vorbereitung zur Wiederverwendung 4	Recycling 5
	in Tonnen 6				
	1	2	3	4	5
01 Wärmeüberträger					
02 Bildschirme, Monitore und Geräte, die Bildschirme mit einer Oberfläche von mehr als 100 cm ² enthalten					
03 Lampen					
04a Großgeräte ohne Photovoltaikmodule (Geräte, bei denen mindestens eine der äußeren Abmessungen mehr als 50 cm beträgt)					
04b Photovoltaikmodule					
05a Kleingeräte (Geräte, bei denen keine der äußeren Abmessungen mehr als 50 cm beträgt)					
06 Kleine IT- und Telekommunikationsgeräte (bei denen keine der äußeren Abmessungen mehr als 50 cm beträgt)					
Insgesamt					

1 Durch Sachverständigen zertifizierte Anlage zur Erstbehandlung gemäß §21 Absatz 2 und Absatz 4 ElektroG

2 Entscheidend ist, in welchem Staat der erste Behandlungsschritt der Schadstoffentfrachtung bzw. Vorbereitung zur Wiederverwendung der angenommenen unbehandelten Altgeräte erfolgt, einschl. Unterbeauftragung, die auch im Ausland durchgeführt werden kann. Vorausgehende Sortierungsschritte, Umlagerungen usw. vor der Schadstoffentfrachtung sind nicht relevant. Die Summe aus Spalte 1, 2 und 3 muss der Menge aus Spalte 8 entsprechen.

3 Bezugspunkt ist das zugeführte Gewicht zur letzten Anlage in der Behandlungskette, deren Ergebnis die erfolgreiche Vorbereitung zur Wiederverwendung, das abgeschlossene Recycling, die sonstige Verwertung oder die Beseitigung ist. Einzubeziehen sind sowohl in Deutschland als auch im Ausland behandelte Mengen.

4 Vorbereitung zur Wiederverwendung ganzer Altgeräte sowie Vorbereitung zur Wiederverwendung von Bauteilen. Vorbereitung zur Wiederverwendung im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes ist jedes Verwertungsverfahren der Prüfung, Reinigung oder Reparatur, bei dem Erzeugnisse oder Bestandteile von Erzeugnissen, die zu Abfällen geworden sind, so vorbereitet werden, dass sie ohne weitere Vorbehandlung wieder für denselben Zweck verwendet werden können, für den sie ursprünglich bestimmt waren.

Letztendliche Behandlung der angenommenen Altgeräte bzw. ihrer Fraktionen 3		Zur Erstbehandlung angenommene Elektro- und Elektronikaltgeräte		Produktkategorie
Sonstige Verwertung, insbesondere energetische Verwertung und Verfüllung	Beseitigung	Insgesamt 7	darunter gewerbliche Altgeräte (aus anderen Quellen als privaten Haushalten) 8	
in Tonnen 6				
6	7	8	9	
				Wärmeüberträger 01
				Bildschirme, Monitore und Geräte, die Bildschirme mit einer Oberfläche von mehr als 100 cm ² enthalten 02
				Lampen 03
				Großgeräte ohne Photovoltaikmodule (Geräte, bei denen mindestens eine der äußeren Abmessungen mehr als 50 cm beträgt) 04a
				Photovoltaikmodule 04
				Kleingeräte (Geräte, bei denen keine der äußeren Abmessungen mehr als 50 cm beträgt) 05a
				Kleine IT- und Telekommunikationsgeräte (bei denen keine der äußeren Abmessungen mehr als 50 cm beträgt) 06
				Insgesamt

5 Aufbereitung von Altgeräten zu Erzeugnissen, Materialien oder Stoffen für den ursprünglichen Zweck oder andere Zwecke.

6 Mengen und Aufteilung nach Kategorien in der Maßeinheit Tonnen ggf. sorgfältig schätzen, Nachkommastellen können eingetragen werden.

7 Angenommene unbehandelte Altgeräte insgesamt, inkl. ganzer Altgeräte sowie Bauteile, die zur Wiederverwendung vorbereitet werden.

8 Geräte, die ausschließlich in anderen als privaten Haushalten genutzt werden oder die gewöhnlich nicht in privaten Haushalten genutzt werden.

Bitte aktualisieren Sie Ihre Anschrift, falls erforderlich.

Name und Anschrift

Bemerkungen

Zur Vermeidung von Rückfragen unsererseits können Sie hier auf besondere Ereignisse und Umstände hinweisen, die Einfluss auf Ihre Angaben haben.

Unterrichtung nach § 17 Bundesstatistikgesetz (BStatG)¹ und nach der Datenschutz-Grundverordnung (EU) 2016/679 (DS-GVO)²

Zweck, Art und Umfang der Erhebung

Die Erhebung über die Behandlung von Elektro- und Elektronikaltgeräten wird jährlich bei Unternehmen, Einrichtungen und öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern durchgeführt, die die Erstbehandlung von Altgeräten nach dem Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG) durchführen. Diese Erhebung schließt die Datenlücke im Monitoring des ElektroG und dient als Baustein für die EU-Berichtspflichten über Elektro- und Elektronikaltgeräte. Erfragt werden die Mengenströme bis zur Verwertung, das sind Angaben über Art, Menge und Verbleib der entsorgten Abfälle.

Rechtsgrundlagen, Auskunftspflicht

Rechtsgrundlage ist das Umweltstatistikgesetz (UStatG) in Verbindung mit dem BStatG. Erhoben werden die Angaben zu § 5 Absatz 3 UStatG.

Die Auskunftspflicht ergibt sich aus § 14 Absatz 1 UStatG in Verbindung mit § 15 BStatG. Nach § 14 Absatz 2 Nummer 3 Buchstabe c UStatG sind die Inhaberinnen/Inhaber oder Leitungen der Unternehmen und Einrichtungen sowie die Entsorgungsträger auskunftspflichtig.

Nach § 11a Absatz 2 BStatG sind alle Unternehmen und Betriebe verpflichtet, ihre Meldungen auf elektronischem Weg an die statistischen Ämter zu übermitteln. Hierzu sind die von den statistischen Ämtern zur Verfügung gestellten Online-Verfahren zu nutzen. Im begründeten Einzelfall kann eine zeitlich befristete Ausnahme von der Online-Meldung vereinbart werden. Dies ist auf formlosen Antrag möglich. Die Pflicht, die erforderlichen Auskünfte zu erteilen, bleibt jedoch weiterhin bestehen.

Nach § 11a Absatz 1 BStatG sind Stellen, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen und bereits standardisierte elektronische Verfahren nutzen, verpflichtet, diese auch für die Übermittlung von Daten an die statistischen Ämter zu verwenden. Soweit diese Stellen keine standardisierten Verfahren für den Datenaustausch einsetzen, sind elektronische Verfahren nach Absprache mit den statistischen Ämtern zu verwenden.

Erteilen Auskunftspflichtige keine, keine vollständige, keine richtige oder nicht rechtzeitig Auskunft, können sie zur Erteilung der Auskunft mit einem Zwangsgeld nach den Verwaltungsvollstreckungsgesetzen des Bundes und der Länder angehalten werden.

Nach § 23 BStatG handelt darüber hinaus ordnungswidrig, wer

- vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 15 Absatz 1 Satz 2, Absatz 2 und 5 Satz 1 BStatG eine Auskunft nicht, nicht rechtzeitig, nicht vollständig oder nicht wahrheitsgemäß erteilt,
- entgegen § 15 Absatz 3 BStatG eine Antwort nicht in der vorgeschriebenen Form erteilt oder
- entgegen § 11a Absatz 2 Satz 1 BStatG ein dort genanntes Verfahren nicht nutzt.

Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu fünftausend Euro geahndet werden.

Nach § 15 Absatz 7 BStatG haben Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Aufforderung zur Auskunftserteilung keine aufschiebende Wirkung.

Soweit die Erteilung der Auskunft freiwillig ist, kann die Einwilligung in die Verarbeitung der freiwillig bereitgestellten Angaben jederzeit widerrufen werden. Der Widerruf wirkt erst für die Zukunft. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, sind davon nicht betroffen.

¹ Den Wortlaut der nationalen Rechtsvorschriften in der jeweils geltenden Fassung finden Sie unter <https://www.gesetze-im-internet.de/>.

² Die Rechtsakte der EU in der jeweils geltenden Fassung und in deutscher Sprache finden Sie auf der Internetseite des Amtes für Veröffentlichungen der Europäischen Union unter <https://eur-lex.europa.eu/>.

Rechte der Betroffenen, Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten, Recht auf Beschwerde

Die Auskunftgebenden, deren personenbezogene Angaben verarbeitet werden, können

- eine Auskunft nach Artikel 15 DS-GVO,
- die Berichtigung nach Artikel 16 DS-GVO,
- die Löschung nach Artikel 17 DS-GVO sowie
- die Einschränkung der Verarbeitung nach Artikel 18 DS-GVO

der jeweils sie betreffenden personenbezogenen Angaben beantragen oder der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Angaben nach Artikel 21 DS-GVO widersprechen.

Sollte von den oben genannten Rechten Gebrauch gemacht werden, prüft die zuständige öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Die antragstellende Person wird gegebenenfalls aufgefordert, ihre Identität nachzuweisen, bevor weitere Maßnahmen ergriffen werden.

Fragen und Beschwerden über die Einhaltung datenschutzrechtlicher Bestimmungen können jederzeit an die behördlichen Datenschutzbeauftragten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder oder an die jeweils zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörden gerichtet werden. Deren Kontaktdaten finden Sie unter

<https://www.statistikportal.de/de/datenschutz>.